

# Ein Jahrhundert Kontinuität

Russland ist seit der späten Zarenzeit von Gewalt geprägt

Von Jan C. Behrends

Am 7. Oktober 2006 wurde die russische Journalistin Anna Stepanova Poltkovskaja am helllichten Tag im Aufzug ihres Moskauer Wohnhauses erschossen. Die internationale Presse, zivilgesellschaftliche Organisationen und die Regierungen der westlichen Welt zeigten sich entsetzt und protestierten. Dem Entsetzen in der westlichen Öffentlichkeit entsprach jedoch keine vergleichbar heftige Empörung in ihrer Heimat. Die russischen Massenmedien spielten den Fall herunter; Moskaus politische Klasse war nicht alarmiert. Nur Mitglieder der Moskauer Intelligencija versammelten sich auf der Beerdigung der Ermordeten und protestierten damit gegen die politische Gewalt, die das gegenwärtige Russland prägt.

Schon wenige Wochen später erschütterte der nächste Todesfall die europäische Öffentlichkeit. Nachdem der frühere Geheimagent Aleksander Litvinenko im November 2006 im Londoner Exil einem spektakulären Giftmord zum Opfer fiel, wurden in westlichen Magazinen, Zeitungen und Talkshows verschiedene Erklärungen für diese Gewaltwelle erörtert. Journalisten, Wissenschaftler und andere Experten spekulierten über das Arkanum des Kreml, eine Verselbständigung der Geheimdienste, die Verstrickungen von Wirtschaft und organisierter Kriminalität oder sprachen allgemein von der Verrohung der Gesellschaft im Transformationsprozess. Von der sowjetischen Erfahrung und den Pathologien der russischen Moderne sprachen sie kaum. Die Erklärung einer politischen Kultur, in der Gewalt zur Durchsetzung staatlicher und partikularer Interessen alltäglich ist, erfordert aber diesen Blick zurück in die russische Geschichte. Kollektive Mentalitäten und politische Handlungsmuster der Gegenwart lassen sich bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts zurückverfolgen.

Neuerdings nimmt sich die historische Russlandforschung aber auch dieser Perspektive an. Nachdem jahrzehntelang primär Fragen der außenpolitischen Verstrickungen, der wirtschaftlichen Entwicklung und ideologischen Verirrung dominierten, gewinnt seit einigen Jahren die Gewaltfrage an Bedeutung. Ziel dieses Ansatzes ist es dabei keineswegs, Russland zu exotisieren. Im Gegenteil: Im Anschluss an die Soziologie Zygmunt Baumanns und die neuere Kulturgeschichte begreift diese Forschung den instrumentellen Einsatz wie auch die Entgrenzung von Gewalt als Signum der klassischen Moderne. So schließt die Frage nach der Gewalt Russland nicht aus dem europäischen Zusammenhang aus, sondern versucht seinen Ort in einer Geschichte der modernen Welt zu bestimmen.

Wer das heutige Russland verstehen will, muss nach seinem Weg in die Moderne fragen. In der Schwellenzeit nach 1890 war das russische Zarenreich ein Ort rapider gesellschaftlicher und industrieller Modernisierungsprozesse und politischer Gewalt. Die linksradikale Opposition gegen die Alleinherrschaft der Zaren bediente sich des politischen Attentats; unter ihren Führern fanden sich Vordenker des modernen Terrorismus. Die von der zarischen Autokratie geschaffenen modernen Institutionen wie die Gerichte, die Polizei und lokale Verwaltungen blieben bis zum Untergang des Reiches schwach und schlecht angesehen. Bei sozialen Unruhen und ethnischen Spannungen bedienten sich die Eliten deshalb weiterhin zur Herrschaftssicherung der Gewalt, die sie eigentlich mit ihrem autoritären Modernisierungsprojekt zurückdrängen wollten. Die europäisch orientierten Eliten standen der bäuerlichen Mehrheit verständnislos gegenüber; selbst die liberalen Reformen hatten kaum eine Vorstellung von denjenigen, die sie mit ihrer Politik erreichen wollten.

Das Russland Nikolai II. war eine segregierte Gesellschaft. Es stand zu Beginn des 20. Jahrhunderts sowohl für rapides Wachstum von Wirtschaft und Zivilgesellschaft als auch für schwache Institutionen und blutige Pogrome. Der Arm des Staates reichte nicht ins Dorf. Dort lebte eine bäuerliche Kultur fort, der moder-

---

2006 wurde nach mehreren politischen Morden die Frage nach der Rolle der Gewalt in Russland gestellt. Ohne den historischen Kontext lässt sich diese Frage nicht beantworten. Der Verfasser verweist auf die lange Tradition politischer Gewalt in Russland, die von der neueren historischen Forschung betont wird. Eine segregierte Gesellschaft und ein Staat mit schwachen, unzureichend legitimierten Institutionen sind Kennzeichen der modernen Entwicklung Russlands, in der Gewalt immer wieder politisch instrumentalisiert wurde. Während die Sowjetunion mit parteistaatlichem Terror die Gesellschaft verändern wollte, verhindert politische Gewalt im Russland der Gegenwart Prozesse gesellschaftlicher Emanzipation.

---

ne Zivilität fremd war. Bevor der Erste Weltkrieg die Entfesselung der Gewalt nach Europa brachte, war die Gesellschaft des russischen Vielvölkerreichs von Verwerfungen geprägt, die sich bei Konflikten blitzartig entluden. Dies zeigte sich bei der Gewalt gegen Minderheiten wie den Juden oder auch in den Massakern, die die Revolution des Jahres 1905 begleiteten.

Im Unterschied zu Westeuropa liegt für Russland nicht im Ersten Weltkrieg, sondern im Bürgerkrieg der Jahre 1918–1921 der Schlüssel zum Verständnis seiner Jahrhunderterfahrung. In der „schwarzen Umverteilung“ nahmen sich die Bauern das Land des Adels, mit Pogromen, Folter, Geiselnahmen und Massenerschießungen tobte der Kampf zwischen „Rot“ und „Weiss“, den Bolschewiki und ihren Gegnern. Regionen wie der Ural, die Ukraine oder Süd-Russland versanken über Jahre in Hunger, Rechtlosigkeit, Demütigung und Gewalt. Die traditionellen Eliten flohen zu Hunderttausenden nach Europa und Amerika. Die Massenmigration der Bauern in die sowjetischen Städte gab diesen ein teilweise vormodernes Gepräge.

Auch nach dem Ende des Bürgerkriegs prägte Gewalt weiter Herrschaft und Gesellschaft des kommunistischen Russlands. Ende der 1920er Jahre entstand die Parallelwelt der Arbeitslager; es bedurfte jahrelanger Repressionen und einer Zerstörung des traditionellen Dorfs, um die Kollektivierung der Landwirtschaft durchzusetzen. In der staatlich verursachten Hungersnot der frühen 1930er Jahre starben Hunderttausende. Nicht der industrielle Massentod, der das nationalsozialistische Deutschland charakterisierte, sondern die sozial verändernde Gewalt, ihre Anwendung als Medium zur Umformung der Gesellschaft, bildete das Signum der sowjetischen Moderne, die im Stalinismus der 1930er Jahre ihren charakteristischen Ausdruck fand.

Die Macht des Geheimdienstes wurde in diesem Herrschaftssystem nur noch durch Stalins Allmacht begrenzt. Zugleich blieb ein Problem russischer Staatlichkeit, das schon aus der Zarenzeit stammte, auch unter sowjetischer Herrschaft bestehen: Die staatlichen Institutionen waren schwach und in den Augen der Bevölkerung kaum legitimiert. Repression und Propaganda stellten die bevorzugten Mittel zur Kontrolle und Gestaltung der Gesellschaft dar. Im Großen Terror des Jahres 1937 kam es zur Entgrenzung parteistaatlicher Gewalt gegen eine Welt realer und vorgestellter Feinde der bolschewistischen Ordnung. Während die Verschwörungstheorien der Schauprozesse sich im Nebulösen verloren, wurde der Gulag zum Symbol kommunistischer Gewaltherrschaft.

Der Stalinismus prägte das russische Leben nachhaltig: Die Atomisierung der Gesellschaft, ein Klima der Einschüchterung, Angst und des Misstrauens gehörten über Jahre zum Alltag. Erst mit Stalins Tod 1953 endete der permanente Ausnahmezustand. Seine Nachfolger bemühten sich, der Gesellschaft größere Stabilität zu verleihen. Doch auch die Legitimität ihrer Herrschaft blieb begrenzt, und der bescheidene Wohlstand der 1970er Jahre war gestiegenen Staatseinnahmen aufgrund der hohen Preise auf dem Rohstoffweltmarkt zu verdanken. Letztlich blieb Gewalt weiterhin die Ultima Ratio gegen innere Unruhen oder gegen Ungehorsam an der europäischen Peripherie des Nachkriegsimperiums. Das zeigte sich im Vorgehen gegen Streiks und Aufstände im Inneren und an den militärischen Interventionen der Jahre 1953, 1956 und 1968. Als die UdSSR 1991 zusammenbrach, bot sich die Chance, sich der Katastrophengeschichte des sowjetischen Wegs in die Moderne zu stellen. Dies ist jedoch – insbesondere in Russland – nur in Ansätzen geschehen. Die kritische Auseinandersetzung beschränkte sich auf einen Teil der Historiker und zivilgesellschaftliche Gruppen wie „Memorial“. Gegenüber der Pflicht zur Aufarbeitung gewann die Neigung zur Großmachtsternostalgie schnell die Oberhand.

Geschichte wiederholt sich nicht. Doch das postsowjetische Russland ist Erbe und Produkt dieser totalitären Erfahrung und nur als solches zu verstehen. Einem zivilgesellschaftlichen Aufbruch nach 1991 folgte mit dem Beginn des Kriegs in Tschetschenien die Rückkehr des Ausnahmezustands und der Gewalt als Herrschaftsinstrument. Aus der Peripherie kehrte die Willkür in das Zentrum zurück: Einschüchterung, Angst und Gewalt sind längst nicht mehr auf den Nordkaukasus begrenzt. Jenseits der glitzernden Fassaden des durch den Ölboom ermöglichten Luxus prägen sie das gesellschaftliche Leben Russlands.



Jan C. Behrends [Foto: David Ausserhofer]

Jan C. Behrends, Dr. phil., Historiker, studierte in Berlin, Moskau und den USA und ist seit 2005 am WZB Mitglied der Forschungsgruppe „Zivilgesellschaft, Citizenship und politische Mobilisierung in Europa“. Er arbeitet am WZB an seiner Habilitation, einer vergleichenden Studie zu Unterschichten und Sozialreform in Chicago, Berlin und Moskau um 1900. 2007 ist er Forschungsstipendiat der Alexander-von-Humboldt-Stiftung an der University of Chicago.

behrends@wzb.eu

## Violence in Russia

Responding to the political killings of 2006, the article discusses the relationship between violence and politics in modern Russia. It argues that without historical perspective, our picture of contemporary Russian society will remain incomplete. The author draws on new historical research which has centred on the role violence has played in the development of modern societies in general, and Russia in particular. In the conclusion he raises the question how this historical knowledge might affect the relationship between Germany, the European Union, and Russia.

In der modernen Mediengesellschaft ist es unnötig, Tausende zu verhaften, zu deportieren und zu erschießen, um kritische Milieus in eine Starre der Angst zu versetzen. Einzelne Schläge genügen, um Kritikern deutlich zu machen, dass es für sie keinen Schutz gibt.

Wer die Urheber dieser Taten sind, ist zweitrangig. Entscheidend ist, dass sie möglich sind und dass den Tätern keine Strafe droht. Es ist diese historisch verwurzelte Kultur der Gewalt, die soziale Emanzipationsprozesse behindert. Doch die Funktion politischer Gewalt hat sich nach dem Ende der UdSSR verändert. Sie ist nicht mehr Medium sozialer Veränderung, wie sie es in der UdSSR war, sondern zementiert nun die bestehende Ordnung. Die jüngste Entwicklung ist nicht nur durch Repression gekennzeichnet, der sich die russische Zivilgesellschaft seit Beginn des zweiten Tschetschenienkriegs ausgesetzt sieht. Fundamental ist, dass Zivilisierungsprozesse, denen sich jede posttotalitäre Gesellschaft aussetzen muss, zunehmend abgebrochen wurden. Weder die Reform der Institutionen noch die Gewaltenteilung oder die Herausbildung einer pluralen Öffentlichkeit kommen voran. Dass die Gewalt in Russland weiter soziale Beziehungen strukturiert, zeigt nicht nur die endemische Kriminalität, sondern auch ein Blick auf staatliche Institutionen wie die Armee, in der die körperliche Unversehrtheit der eigenen Soldaten nicht gewährleistet ist.

Die Aufdeckung der Verbindung von Politik, Korruption und Gewalt im zeitgenössischen Russland waren das thematische Leitmotiv, das sich durch die Reportagen Anna Politkovskajas zog. Stets hat sie betont, dass sich das Russland unserer Tage nur verstehen lässt, wenn man die sowjetische Sozialisation seiner Akteure und ihre Wertewelten begreift. Die Analyse der investigativen Journalistin trifft sich hier mit den Ergebnissen neuerer historischer Forschung zur russisch-sowjetischen Geschichte.

Ein Staat mit schwachen Institutionen und ohne ausgeprägte Rechtstradition wird durch kollektive Einstellungen, die sich nur langsam ändern, und durch informelle Beziehungen geprägt. Hier ist mittelfristig keine Änderung zu erwarten. Der Blick zurück verdeutlicht zudem, dass Gewalt nicht nur kriminell, willkürlich oder Ausweis von Rückständigkeit ist; politische Gewalt erfüllt in der Regel eine benennbare soziale Funktion. Sie ist ein Medium zur Erzeugung von Angst und verhindert gesellschaftliche Kritik. Ein Staat, der sich martialischer Rhetorik bedient, aber seine eigenen Institutionen kaum kontrolliert, ermöglicht und begünstigt Gewalt in allen gesellschaftlichen Sphären.

Für die Bundesregierung und die Europäische Union sollte dies bedeuten, in Zeiten der Bedrängnis die Vertreter der russischen Zivilgesellschaft energisch zu unterstützen. Sie sollten die russische Regierung zur strikten Achtung der Menschenrechte ermahnen und von ihren Akteuren und Institutionen verantwortliches Handeln einfordern. Ein vorauseilendes Verständnis für vermeintliche Handlungszwänge hilft nicht weiter. Schon in den 1930er Jahren gab es im Westen prominente Stimmen, die sich zu Verteidigern einer Herrschaft aufschwangen, die auf Gewalt gegründet war. Damals nannte man sie *fellow travellers*. Eine Bezeichnung für das gegenwärtige Phänomen existiert noch nicht.

### Weiterführende Literatur:

Zygmunt Bauman, *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*, Hamburg: Hamburger Edition 2006, 450 S.

Jörg Baberowski (Hg.), *Moderne Zeiten? Krieg, Revolution und Gewalt im 20. Jahrhundert*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2006, 205 S.

Orlando Figes, *Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891–1924*, Berlin: Berlin Verlag 1998, 975 S.

Carsten Goehrke, *Russischer Alltag, Band 3: Sowjetische Moderne und Umbruch*, Zürich: Chronos 2005, 554 S.

Jan C. Behrends: *Freundschaft, Fremdheit, Gewalt. Ostdeutsche Sowjetunionbilder zwischen Propaganda und Erfahrung*, in: Gregor Thum (Hg.): *Traumland Osten. Das östliche Europa in der Wahrnehmung der Deutschen*, Göttingen: Vandenhoeck 2006, S.157–180

Anna Politkovskaja, *In Putins Russland*. Köln Du Mont 2006, 314 S.